

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 0,50 Goldmark (ohne Postgebühren). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen: Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 0,30 Goldmark, für Versammlungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile.

Nie wieder Krieg!

Zum internationalen Antikriegstag am 21. September 1924.

Der Antikriegstag der internationalen Arbeiterschaft findet unter günstigen Umständen statt. Als im November des vergangenen Jahres der Internationale Gewerkschaftsbund beschloß, am dritten Sonntag im September 1924 eine internationale Demonstration gegen den Krieg zu veranstalten, war der politische Himmel trostlos dunkel, und auch, als nachher die Agitation einsetzte, war kaum ein Lichtstrahl zu sehen. Das Friedensbedürfnis war zweifellos nicht allein in der Arbeiterschaft vorhanden; aber es konnte nicht zum Ausdruck kommen, es wurde durch die Reden der Kriegsheer und des ihnen ergebenen Teiles der Presse niedergehalten. Mählich klärte sich der Horizont auf. In England kam die Arbeiterpartei an die Regierung, die französischen Wahlen brachten die Niederlage Poincarés und nahmen diesen Alpdruck, der auf ganz Europa lastete, weg; auch in Dänemark übernahmen Vertreter der Arbeiterschaft die Zügel der Regierung und kündigten Abrüstung an. Die Menschheit gewann wieder Hoffnung, und auch die Friedensfreunde außerhalb der Arbeiterschaft erhoben ihre Stimme. Der Mann war gebrochen; man sieht wenigstens den Anfang einer neuen Zeit, wenn auch noch genug Hindernisse und Gefahren zu beseitigen sind.

Daß diese Milderung möglich wurde, ist zweifellos der Tätigkeit und dem Drängen der organisierten Arbeiterschaft zu danken. Diese hat schon während des Krieges und ununterbrochen nachher versucht, nicht allein einen Ausweg aus den jetzigen Schwierigkeiten zu finden, sondern auch in der Zukunft die Kriegsgefahr zu beseitigen. Ohne die Anstrengungen der französischen Arbeiterschaft wäre es nicht möglich gewesen, das größte Hindernis für den Frieden, Poincaré, zu beseitigen und in Frankreich eine friedensfreundliche Stimmung zu schaffen; daß England und Dänemark Arbeiterregierungen bekommen haben, ist die Frucht jahrzehntelanger aufopfernder Tätigkeit der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen. Ohne diese ununterbrochene Tätigkeit der Arbeiterschaft wären die in den letzten Tagen auf der Völkerbundstagung in Genf gehaltenen Reden nicht möglich gewesen.

Die Arbeiterschaft hat bei der Bekämpfung von Krieg und Kriegsgefahr bisher die Führung gehabt und darf im Interesse der Menschheit auch in der Zukunft diese Führung nicht aus der Hand geben. Sie muß weiterhin wirksam sein und den Friedensgedanken pflegen. Hoffentlich wird auch einmal die Zeit kommen, wo in jenen Ländern, in denen zurzeit die Kriegsgefahr groß ist, die Arbeiterschaft so an Macht gewinnt, daß dem Kriegsgotte das blutige Handwerk gelegt werden kann.

Der Antikriegstag am 21. September wird den entschiedenen Willen der Arbeiterschaft zum Ausdruck bringen, die alte Barbarei der Kriege zu beseitigen und Einrichtungen zu schaffen, die ein friedliches Zusammenarbeiten der Völker ermöglichen.

Eine einzige Kraft in der Welt ist fähig, künftige Kriege zu verhüten: die international organisierte Arbeiterklasse. (Aus dem Manifest des Internationalen Gewerkschaftsbundes 1922.)

Die Interessengegensätze der verschiedenen Nationen betreffen nur die führenden Klassen und stiften nur Uneinigkeit unter diesen Elementen und nicht unter den Proletariern. Die führenden Klassen neigen zum Nationalismus und bedienen sich des Krieges als eines Angriffs- und Verteidigungsmittels; das Proletariat aber soll den Internationalismus zu seiner Parole machen und in der Solidarität die Garantie für seine Interessen finden. Dies ist für das Proletariat ein hinreichender Grund, den Krieg zu verabscheuen. (E. d'Aragona, Italienischer Gewerkschaftsbund.)

Der Arbeiterklasse, die die Gesellschaft von Krieg und Kriegsrüstungen befreien will, nützt es nichts, sich auf den Sieg von Ideen und Bewegungen zu verlassen. Die Arbeiterklasse muß in einer nicht zu erschütternden Einheit zusammengefaßt werden und, national wie international, einen unversöhnlichen Kampf gegen den Krieg und das kapitalistische

Streben all jener, die den Fortschritt der Menschheit ermöglichen und sie gegen alle Anschläge verteidigen wollen, die sie mit Blut und Schande beflecken. (E. Souhaur, Frankreich.)

Für den Frieden arbeiten die Gewerkschaftsorganisationen, wenn sie unermüdet für den menschlichen Fortschritt und für soziale Gerechtigkeit kämpfen. Jede Steigerung des Lebensniveaus, jede Hebung des Bildungsgrades bedeutet einen Schritt zum Frieden. Eine wahrhaft gebildete Menschheit wird ihre Streitigkeiten nie auf dem Schlachtfeld austragen und auch nie dort ihre Wünsche zu erfüllen suchen. Sie wird nicht die siegende Rücksichtslosigkeit und Gewalt besingen, vielmehr wird sie die gegenseitigen Forderungen vom Standpunkte des Rechtes, der Vernunft und der gegenseitigen Achtung prüfen. Bisher wurde die Friedfertigkeit eher als Zeichen der Schwäche ausgelegt. Der Friedensgedanke muß jedoch alle Nationen und Staaten durchdringen. Erst wenn alle Hoffnungen auf die Umgehung des Rechts durch Anwendung physischer Gewalt zunichte gemacht werden, kann der wirkliche Friede erreicht werden. Es ist die Aufgabe der modernen Arbeiterbewegung, den Gedanken des Weltfriedens auf der ganzen Welt zu verbreiten und zu stärken und jedweden Gedanken an die Gewalt auszurotten. Der sicherste Weg hierzu ist der Weg der höheren Bildung innerhalb der einzelnen Nationen und jener des gegenseitigen Kennenlernens der verschiedenen Nationen. Auf diesem Weg führt der die Nationen befreiende und vereinigende Sozialismus, wogegen der Kapitalismus die Nationen trennt und mordet. (Aud. Tegerle, Tschechoslowakischer Gewerkschaftsbund.)

Zwei Wege stehen uns offen. Den einen, der zu Krieg und Hunger führt, haben die Nationen schon beschritten. Der andere ist der Weg, den die Arbeiterbewegung vorzeichnet. Er führt zu Frieden und Nahrung. Die Mütter können zur Vereitlung des Weges zum Frieden viel beitragen. Wir dürfen nicht nur gegen den Krieg sein; wir müssen auch eine aufbauende Politik der Zusammenarbeit zwischen den Arbeitern und Müttern aller Länder anstreben. Die Idee der Mutterpflicht muß nicht nur ein Gefühl sein, sondern sich in dauernder Zusammenarbeit der Völker in der Produktion und dem Austausch von Gütern und Kenntnissen kundgeben. Sie muß eine internationale Wirklichkeit werden und die Grundlage zur Ueberleitung des Nationalismus zu einer internationalen Einheit der Arbeiter aller Länder. (Dr. Marion Phillips, Frauenabteilung der Britischen Arbeiterpartei.)

Wenn der sehnlich erhoffte Bund der Völker so stark sein soll, daß er allen Schwierigkeiten trotzen und die ganze Menschheit vereinigen kann, so ist dies nur möglich, wenn seine Mitglieder zur Zusammenarbeit bereit sind, ihre jahrhundertalten Zwiste begraben und ihre Konflikte durch Gesetze und nicht durch die Gewalt schlichten. (Alice Henry, Liga der Gewerkschafterinnen Americas.)

Der Weltfriede wird kommen, nicht etwa, weil die Menschen um so vieles vernünftiger werden dürften — das ist kaum zu erhoffen — sondern weil eine neue Ordnung, eine neue Wissenschaft, neue wirtschaftliche Notwendigkeiten die Menschen zum friedlichen Zusammenleben zwingen werden, genau so wie die Lebensbedingungen sie ehemals zum Kriegszustand und zur Aufrechterhaltung des Krieges genötigt hatten. Um diese neue Kurve für die Zukunft zu verlängern, können wir vorauswirken durch eine Ausgestaltung und Vervollkommnung der Beziehungen zwischen allen Völkern und Rassen, durch eine rationelle Organisation der Arbeit und durch Errichtung der Vereinigten Staaten der Welt. (Anatole France.)

Nie wieder Krieg! Millionenstimmig dröhnen
Soll diese Losung durch die ganze Welt.
Volk muß mit Volk sich brüderlich versöhnen,
Damit vom Thron der grimme Kriegsgott fällt.
Kein Meer und keine Grenze darf uns trennen
Im Kampf zum Frieden und zur Menschlichkeit.
Hell soll die Flamme der Erkenntnis brennen:
Der Krieg gehört der alten Zeit!

Nie wieder Krieg! Wir wollen nicht zerstören
Den Dom der Arbeit, den die Menschheit baut.
Kein Trug, kein Tölpel kann ein Volk befohren,
Wenn es dem andern immerdar vertraut.
Die soll die Lüge falscher Patrioten
Die Wahrheit meucheln, bis der Haß gewinnt.
Bekränzen wir die Gräber aller Toten,
Die für ihr Volk gefallen sind!

Nie wieder Krieg! Wir wollen friedsam leben
Und schaffend wirken für der Menschheit Wohl.
Wir wollen sie ins Licht der Sonne heben,
Damit sie Liebe säe zwischen Pol und Pol.
Die Waffen nieder, die den Menschen morden,
Der kaum des Lebens Sonnensirn erstieg!
Schreit ins Gesicht den Kriegsverbrecherhorden:
Ein Fluch — ein Pervat dem Krieg!

Nie wieder Krieg! Wir wollen emsig bauen
Das Fundament zum Erdenbrüderstaat,
Dann aufersteht verjüngt aus Nacht und Trauen,
Was blinder Wahn an Menschenglück zertrat.
Der neuen Menschheit blühende Geschlechter
Bestimmen dann gemeinjam ihr Geschick,
Und jeder Bürger wird des Worts Verfechter:
Die Welt ist meine Republik!

Victor Kalinowski.

System führen. Sie muß dahin streben, diese Gesellschaftsordnung zu durchbrechen und sie durch Betriebsformen zu ersetzen, die im Interesse der Allgemeinheit sind. Um dieses Ziel zu erreichen, muß die Arbeiterklasse mit ihrer ganzen Kraft bestrebt sein, politischen Einfluß zu gewinnen. Fest und sicher, nach bestimmten Richtlinien, muß die Erreichung dieses Zieles erstrebt werden. Die Eroberung der politischen Macht durch Kampf, der überall notwendig sein wird, das ist der Weg zur Abschaffung des Rüstungswesens, zur Abschaffung des Krieges. (Th. Stanning, Dänemark.)

Oft ist mit dem Krieg die Absicht und Wirkung verbunden, die Völker von ihren Befreiungsbestrebungen abzulenken; immer aber führt er dazu, die Verwirklichung der Freiheit und Gerechtigkeit zu verhindern. Pflicht der Arbeiter als gesellschaftlicher Klasse ist es sonach, sich dem Kriege zu widersetzen und alle Kriegsursachen zu bekämpfen. Und diese Pflicht deckt sich mit den Be-

Unsere statistischen Feststellungen vom 30. August 1924.

821 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 81 127 nachgewiesen, darunter 6998 Lehrlinge. Arbeitslos waren 6904 oder 8,51 % und krank 926 oder 1,13 %. Wie es in den einzelnen Provinzen und Freistaaten steht, zeigt folgende Tabelle:

Provinzen und Staaten	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind		
	Zahlstellen	Mitglieder	Lehrlinge	arbeitslos	krank
1	2	3	4	5	6
Ostpreußen	48	3216	371	489	44
Brandenburg	103	9305	634	642	82
Pommern	49	2947	253	133	35
Grenzmark	6	254	37	40	1
Sachsen	74	7592	992	490	65
Schlesien	64	5011	338	409	61
Schleswig-Holstein	35	2455	159	178	39
Hannover	68	3837	186	225	40
Westfalen	29	1737	143	527	27
Hessen-Nassau	18	2825	141	332	23
Rheinland	19	3185	166	601	51
Hohenzollern	—	—	—	—	—
Preußen	513	42364	3420	4066	468
Bayern	70	6196	432	430	76
(Rheinpfalz)	3	73	6	3	2
Sachsen (Württemberg)	61	14535	1615	843	143
Baden	18	1490	84	111	27
Württemberg	11	1548	109	67	23
Thüringen	48	3907	355	558	37
Hessen	8	963	86	79	19
Mecklenburg-Schwerin	50	1788	268	89	38
Mecklenburg-Strelitz	9	299	54	6	6
Oldenburg	7	678	77	24	10
Braunschweig	8	674	41	73	8
Anhalt	7	326	28	56	11
Schaumburg-Lippe	2	104	11	9	—
Lippe-Deimold	2	52	3	3	—
Waldeck	—	—	—	—	—
Lübbeck	1	498	27	50	8
Bremen	1	1054	34	48	23
Hamburg	1	3675	304	332	21
Deutsches Reich	820	80224	6949	6847	920
Danzig	1	903	49	57	6
Insgesamt	821	81127	6998	6904	926

Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Feststellungen vom 26. Juli hat sich die Arbeitslosenziffer von 7,25 auf 8,51 % erhöht, die Krankenziffer von 1,21 auf 1,13 % verringert. 182 Zahlstellen haben nicht berichtet.

Das Ergebnis für den 26. Juli stellt sich, nachdem noch 118 Zahlstellen berichtet haben, wie folgt: In 854 Zahlstellen mit zusammen 81 910 Mitgliedern, darunter 7167 Lehrlinge, waren 5808 Mitglieder arbeitslos und 981 krank.

Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 27. September.

Erleichterung der Wirtschaftskrise?

Ende August hat die deutsche Wirtschaftskrise ihren Höhepunkt erreicht. Sie hat einen katastrophalen Umfang angenommen. Der Kohlenbergbau, der Kali- und Erzbergbau, die Hüttenindustrie, aber auch sämtliche übrigen Industriezweige lagen darnieder. Für den Monat Juli meldeten 6 große Organisationen 29,4 % der erfassten Mitglieder als Kurzarbeiter und 13,8 % als Vollarbeitslose. Im Monat August hat sich aber die Lage noch weiter verschlechtert. Die Belegschaft des Ruhrbergbaus verringerte sich von circa 560 000 auf etwa 460 000, das heißt um 100 000. Die Zahl der Feierschichten wurde immer größer. Die Zahl der Vollarbeitslosen wurde im Monat August auf über 600 000 geschätzt. Die Kurzarbeit war aber durchweg vorherrschend. Nun wird in den Berichten einzelner Handelskammern eine gewisse Erleichterung gemeldet. Die Nachprüfung dieser Angaben entzieht sich unserer Kontrolle; insbesondere ist es uns nicht möglich, festzustellen, ob die ungenutzte Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit etwas zurückgegangen sind. Wir können aber die einzelnen Tatsachen, die zur Verschärfung der Wirtschaftskrise beitragen, daraufhin prüfen, ob in- zwischen in bezug auf dieselben wesentliche Veränderungen, die das Konjunkturbild beeinflussen, eingetreten sind.

In erster Linie war für die Wirtschaftskrise die ungünstige Preisentwicklung sowohl für den Rückgang des inneren Verbrauchs wie in bezug auf die Ausfuhr verantwortlich. Wie stellt sich heute das Bild dar? Der Preisabbau konnte auch im August keinen Fortschritt machen, ja im Gegenteil war eine Preissteigerung zu verzeichnen. Ende August betrug die Großhandelsmehrwert der „Frankfurter Zeitung“ 132, ungefähr soviel wie Ende Mai. Gegenüber dem Höchststand der Warenpreise Ende April mit 146 % des Friedensstandes ist der Preisrückgang nicht bedeutend genug. Die Getreidepreise, aber auch die anderen Lebensmittelpreise sind gestiegen, ebenso die Preise für die meisten ausländischen Rohstoffe. Die Lebenshaltungskosten in blieben unverändert. Die Mieten betragen im Reichsdurchschnitt ungefähr 70 % der Vorkriegsmiete. Die Ernährung war dagegen um 22 %, die Bekleidung um 42 %, Heizung und Beleuchtung um 41 % teurer als vor dem Krieg. Im ausländischen Warenverkehr waren die Preise ohne Zweifel niedriger. Die Industrie hat für das Inland höhere Preise berechnet als für das Ausland. Mit andern Worten, sie hat „Warendumping“ getrieben. Dieser Preisunterbietung gegenüber der Auslandskonkurrenz ist es zu verdanken, daß die Handelsbilanz im Monat Juli zum ersten Male in diesem Jahr wieder

einen Ausfuhrüberschuß zeigte, wenn auch nur in einem geringen Ausmaß (17 Millionen Goldmark). Bekanntlich war bis Ende Juni ein Einfuhrüberschuß im gewaltigen Betrag von 1,6 Milliarden Goldmark vorhanden, ein Zustand, der auf die Dauer nicht zu halten war. Im Monat Juli ist die Einfuhr um 200 Millionen Goldmark zurückgegangen, die Ausfuhr um 100 Millionen gestiegen. Der Rückgang der Einfuhr entfällt aber zum größten Teil auf Rohstoffe (statt 308 Millionen im Juni wurden im Juli nur für 198 Millionen Rohstoffe eingeführt). Es fragt sich, ob die Ausfuhr in den folgenden Monaten ohne Schleuderkonkurrenz sich erhöhen kann. Dies hängt mit einer gesunden Preisentwicklung, die statt Dumping durch die Veränderung der Kostenelemente der Produktion wirken soll, und mit der Gewinnung ausländischer Absatzmärkte zusammen.

Daß die Preise trotz der niedrigen Löhne, deren Anteil an den Produktionskosten viel geringer ist als vor dem Krieg, hoch sind, daran waren die Geld- und Kreditknappheit, die hohen Frachtsätze, ein unrichtiges Steuersystem, die hohen Frachtsätze, nicht zuletzt auch eine unter den gegenwärtigen Verhältnissen unzureichende Organisation der Industrie schuld. In bezug auf diese Punkte sind manche Änderungen eingetreten.

Die Krise des Geld- und Kreditmarktes ist heute etwas gehindert und dürfte in Zukunft weitere Erleichterungen erfahren. Die Reichsbank hält auch heute noch an den Krediteinschränkungen fest. Indessen können sich die Banken leichter bewegen und, ohne große Kassenbestände halten zu müssen, Kredite gewähren. Allerdings können nur Firmen ersten Ranges Kredite erhalten. Die Errichtung der neuen Reichsbank und die 800-Millionen-Anleihe sollen bald neue Zahlungsmittel in den Verkehr bringen. Dies wird, selbst wenn die Reichsbank sich bestrebt, eine neue Inflation zu verhindern, aus geldtechnischen Gründen erfolgen, ja es besteht die Möglichkeit, daß wir es für einige Zeit tatsächlich mit einer neuen Inflation zu tun haben werden. Hinzu kommen die ausländischen Privatkredite. Bisher sind diese nur noch spärlich vorhanden — die Finanzierung der Zuderausfuhr durch eine amerikanische Privatanleihe und die Kalkitkredite waren die wichtigsten — doch sollen große amerikanische Privatkredite bald gewährt werden. Man redet von 90 Millionen Dollars. Bei der großen Geldflüssigkeit und dem niedrigen Zinsfuß in Amerika ist dies wohl zu erwarten. Die Kreditzinsen, die die deutsche Wirtschaft tragen muß, werden jedoch weiter hoch bleiben und nur allmählich mit der völligen Wiederherstellung der Kreditfähigkeit Deutschlands wieder sinken. Die Produktion wird durch diese Zinsen auch in der Zukunft verteuert. Der teure Kredit wirkt nachteilig auf die Löhne zurück; zugunsten des Finanzkapitals werden diese geschmälert, was auf der andern Seite zum weiteren Nachlassen der Kaufkraft und zur Schwächung des inneren Marktes beiträgt. Wichtig sind noch die hohen Frachtsätze. Sie standen Ende August immer noch bedeutend höher (durchschnittlich um 12 %) als die Großhandelspreise. Die Regierung hat eine Ermäßigung der Frachtsätze zugesagt. Indessen können diese infolge des Sachverständigenplanes nicht wesentlich ermäßigt werden. Man könnte aber wenigstens einen Ausgleich zwischen den Frachtsätzen der einzelnen Warengruppen schaffen, die gegenwärtig sehr ungleichmäßig behandelt werden. Die Umkehrsteuer, die für die Feuerung zum Teil verantwortlich ist, wurde immer noch nicht ermäßigt. Nach einer Regierungsvorlage soll sie um ein halbes Prozent herabgesetzt werden — eine recht ungenügende Ermäßigung. Sie ist aber unerwarteterweise mit der Hochschußjollvorlage verknüpft worden und soll erst später erledigt werden. Um die Rolle der Umsatzsteuer ermessen zu können, müssen wir wissen, daß im Voranschlag für das laufende Finanzjahr beinahe ein Viertel der gesamten Staatseinnahmen auf die Umsatzsteuern entfällt, und daß in den ersten vier Monaten des Finanzjahres (April bis Juni) bereits die Hälfte der Summe (578 Millionen), die für ein ganzes Jahr aufgebracht werden soll (1260 Millionen), erreicht wurde. In diesen Zahlen, wie auch in den übrigen Reicheinnahmen, kommt auch die ungerechte Verteilung der Lasten zum Ausdruck. Die Steuern auf Vermögen und Erbschaft haben ganz geringfügige Summen gebracht, ein Viertel — ein Achtel des sehr bescheidenen Voranschlags. Die Lohnlage ist im Monat August ungefähr die gleiche geblieben, freilich hat sich die Lage der Lohnarbeiter infolge der Kurzarbeit sehr wesentlich verschlechtert. — In organisatorischer Hinsicht war die Industrie bestrebt, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Der Zusammenschluß von Industriebetrieben macht weitere Fortschritte. Nur erfolgt er in der letzten Zeit nicht durch vertikale Konzentrationen, sondern durch horizontale, das heißt durch Zusammenfassung gleichartiger Betriebe. War die vertikale Konzentration die Folge der billigen Reichsbankkredite und der Angst um ausreichende Rohstoffversorgung (wozu allerdings noch die Ersparnisse an Umsatzsteuern hinzukamen), so ist der Zweck der neuerlichen horizontalen Konzentration, die zumeist in Form von „Interessengemeinschaften“ zustande kommt, neben Preis- und Absatzpolitik eine Standardisierung der Produktion in die Wege zu leiten. In organisatorischer Hinsicht sollen das Abkommen des deutschen Kalisyndikats mit dem esch-Lithien für die Lieferung Amerikas, die Pläne des Stinneskonzerns für die Schaffung eines europäischen Filmtrusts und zur Herstellung von Kleinautos erwähnt werden. Für beide Industriezweige hat sich die Stinnesgruppe neuerdings bedeutende Unternehmen angegliedert.

Neben diesen Faktoren ist für die Wiederbelebung der deutschen Ausfuhr die Handelspolitik, die von Deutschland verfolgt wird, von großer Bedeutung. Die Wege der Handelspolitik sind heute viel schwieriger als zuvor; überall in der Welt herrscht der Geist der Ab-sperrung. Die ausländischen Märkte werden durch Hochschußzölle versperrt. Ist es eine richtige Handelspolitik, wenn sich auch Deutschland mit Zollmauern umgibt? Man sagt, die hohen Schußzölle sind notwendig, damit man bei den Handelsvertragsverhandlungen mit andern Ländern durch Herabsetzung der Zölle Zugeständnisse erreichen kann,

die ohne diese Waffe nicht zu erhalten wären. Dieser Weg ist aber äußerst bedenklich. Er kann letzten Endes zu einer weiteren Absperrung, zur Erschwerung der Verhandlungen, schließlich aber, selbst im Fall einer gewissen Herabsetzung der Zölle, zur übermäßigen Verteuerung der inländischen Produktion und des Verbrauchs sowie zur Steigerung der arbeitslosen Gewinne führen.

Verbandsnachrichten.

Quittung der Zentralkasse über Eingänge im Monat August 1924.

Mhrensburg 210,06 M., Aken 70, Allenburg 30, Alsen 38,90, Altenburg 280, Altheide 156,45, Alt-Landsberg 25, Anklam 50, Annaberg-Buchholz 730,52, Annaburg 35,07, Ansbach 297,79, Aschaffenburg 63,99, Aschersleben 120, Augsburg 380, Bad Bramstedt 110,15, Bad Harzburg 200, Bad Rissingen 150, Bad Schönfließ 50, Bad Tölz 100, Barth 204,48, Barmstedt 80, Barth 150, Bayreuth 120, Beelitz 26,85, Beesow 60, Belgiz 54,80, Berchtesgaden 190, Bergen b. Celle 15, Bernburg 125, Bernsee 129,48, Bernstadt 50, Beuthen 54,80, Bevenjen 73,60, Birkenwerder 127,30, Bismark 104,70, Bitterfeld 140, Blankenburg a. Harz 72,32, Borna 300, Brandenburg 500, Braunschweig 700, Bremen 1600, Breslau 2200, Brühl 36,50, Bückeburg 100, Bunzlau 100, Buer i. W. 100, Burg b. M. 225, Bürgel 21,80, Büßow 70, Calbe 70, Calu 21,32, Camburg 14,75, Carolath 33,75, Cassel 460, Celle 200, Chemnitz 2181,14, Christburg 17,55, Cöthen 170, Cottbus 38, Crimmitschau 430, Croppen 150, Cüstrin 150, Dahlen 75, Delmenhorst 500, Demmin 146,84, Dessau 200, Deutsch-Krone 79, Deutsch-Lissa 30, Dieffen 15, Dintelshühl 40, Doberan 50, Dramburg 30, Dresden 7600, Driesen 100, Drossen 57, Eberswalde 230, Ebingen 269,26, Ebstorf 17, Ebernförde 100, Egelu 22,30, Eibenstock 100, Eilenburg 100, Eisenberg 70, Elbing 801,83, Elmshorn 100, Elsterberg 100, Emden 550, Erding 80, Eßlingen 116,70, Eßtrubunen 50, Eßtrup 85,78, Falkenberg i. Schlesien 19,10, Falkenstein i. Sachsen 100, Fallersleben 88,80, Flatow 62, Flensburg 400, Frankenberg in Sachsen 280, Frankenhausen 90, Frankfurt a. M. 1000, Freiberg in Sachsen 370, Freiburg i. B. 200, Freimwalde an der Oder 50, Freimwalde in Pommern 85,70, Freising 110, Freyhan 224,28, Frieda 85, Friedrichshafen 15, Fürstentum 160, Gandersheim 73,66, Gehren 62,90, Genthin 250, Gera 600, Gerwalde in Ostpreußen 30, Gifhorn 50, Gleiwitz 415, Glogau 249,34, Glückstadt 130, Schwabmünd 110, Goldberg in Mecklenburg 40, Gommern 47,90, Göppingen 218,75, Görlitz 220, Goslar 246, Gotha 160, Göttingen 200, Gräfenhainichen 14,75, Gräfenhain 50, Gramzow 311,65, Greiz 250, Grevesmühlen 70, Großsch-Pegau 150, Gronau 121,61, Großbobungen 26, Gr.-Breitenbach 184,50, Großenhain 300, Groß-Zimmern 160, Grünberg 315, Guben 270, Gumbinnen 130, Gützkow 180, Güterloh — 20, Habelschwerdt 50, Hagenau 45, Hainichen 180, Hamburg 7000, Hantensbüttel 30, Hannover 20, Hann.-Münden 35, Heidenheim 163,55, Heilbronn 250,64, Heiligenbeil 30, Helgoland 115, Herzfeld 20, Herberg 25,11, Hettstedt 6,10, Hirschberg in Schlesien 500, Hof 332,50, Holzminde 40, Hönningen 20, Husum 100, Jarmen 60, Jauer 70, Jena 100, Jeknitz 30, Jümenau 169, Jützenburg 15, Joachimsthal 22,44, Jserlohn 10, Jyekhoe 300, Jüterbog 100, Kahla 50, Karlsruhe 550, Kellra 50, Kellheim 165,53, Kellinghusen 179,40, Kirchheim i. d. N.-L. 70, Kitzingen 60, Klöße 66, Kolberg 310, Königsberg i. Pr. 1700, Königswusterhausen 200, Konstanz 141,01, Körlitz 105,12, Köslin 250, Kramichfeld 25, Kronach 44,40, Künzelsau 21, Raage 75, Radendorf 62,35, Rahn 169,00, Ramspringe 55, Landau 185, Landeck 35, Landsberg an der Warthe 250, Landsküt 200, Langelsheim 136,26, Langensalza 94,29, Lauenburg in Pommern 100, Lauf 50, Laufen 97,66, Lawingen 20, Leer 100, Lehesten 50, Leisnig 80, Leutkirch 18,57, Liebenwerda 155, Liegnitz 580, Löbau 364,35, Lobenstein 15, Lößnitz 180, Loh 50, Lützen 100, Löwen 18, Lübecke 40, Lübeck 1800, Lüben 35,64, Lübbchen 90, Luda 25, Luedenwalde 100, Lychen 60, Magdeburg — 80, Mainz 475, Malchow 134,46, Mannheim 2000, Marienwalde — 20, Marklissa 100, Marne 60, Meerane 180, Mel-dorf 100, Mellendorf 49,50, Meseritz 310,18, Meuselbach 49,40, Meuselwitz 30,50, Meppen 37,20, Miesbach 116, Mittenwalde 96,61, Wittweide 200, Wölln 100, Mühlberg an der Elbe 109,05, Müllroje 86,35, Münsingen 95,43, München 5082, Munster in Hannover 62,89, Nagold 78, Naun 119,81, Naugard 120, Naumburg 24, Neisse 164,47, Neudorf-Tresen 15, Neubrandenburg 100, Neuhaus an der Elbe 28,87, Neufalen 75, Neufelder 37,03, Neumarck 174,25, Neumünster 150, Neusalz 75, Neustadt bei Coburg 143, Neustadt an der Orla 150, Neustettin 297,60, Neustrelitz 90, Neuzelle 50, Niemeitz 70, Nordhausen 200, Nördlingen 100, Nürnberg 250, Obermarschacht 117,75, Ober-Neidenfisch 60, Oberberg 50, Oehringen 31,50, Oels 100, Offenburg 65,35, Ohlau 200, Oibernau 133, Oldenburg 100, Oranienbaum 86,35, Oschersleben 35, Osterburg 30, Otterndorf 108,54, Paderborn 14,70, Paimnifen 35, Pärchwitz 93,65, Paserwall 80, Peisterwitz 200, Penzig 72, Perleberg 149,60, Pfaffenhausen 39,90, Pinneberg 175, Pinnow 24, Pirnaisens 10, Plathe 63, Polzin 70, Pöbne 380, Potsdam 800, Prenglau 226,07, Prien 50, Prißwal 100, Putlitz 34,60, Queblinburg 180, Querfurt 251,90, Raasdorf 50, Raubitz 5,36, Regensburg 272,47, Regens-walde 30, Rehau 102,07, Rehhof 70, Rehma 18, Reichenbach i. B. 280, Reudersburg 200, Reutlingen 184,62, Richternberg 61,05, Riesa 430, Rochlitz 88,12, Röhrda 141,70, Rößel 28,75, Rößlau 70, Rößleben 61,40, Rößwein 21,60, Röttha 100, Rothemühl 28,84, Rudolstadt 48, Saalfeld an der Saale 350, Sachsenhausen 7,30, Sagan 200, Saalfeld an der Saalungen 80, Salzweil 102,11, Salsitz 80, Seehausen in der Altmark 40, Seelow 59, Segeberg 50, Selb 16,50, Seid 80, Senftenberg 350, Sigmaringen 117,15, Sohland 150, Soldin 40, Solingen 122, Sommerfeld 70, Sondershausen 46,44, Sonneberg 50, Speyer 59,50, Spremberg 219,66, Springe 17, Sülze 89,80, Swinemünde 200, Schenkfengsfeld 44,05, Schivelbein 186,22, Schkeuditz 290,40,

Schleswig 100, Schleusingen 50, Schmiedeberg 55,60, Schneidemühl 175, Schneverdingen 75, Schönberg i. M. 85, Schönebeck 452,92, Schongau 40, Schönheide 100, Schönlank 30, Schwaan 45, Schwabach 80, Schwarzburg 92,70, Schwedt 100, Schweinfurt 6,17, Schwenningen 127,30, Schwiebus 100, Stade 72, Stallupönen 110, Stargard 100,30, Starnberg 112, Staßfurt 80,41, Stabenhagen 452,94, Steinach 80, Steinbergen 55, Stendal 41,39, Stepenitz 30, Sternberg in Mecklenburg 181,07, Stosch 25,76, Stollberg 100, Stolp 399,83, Storkow 30, Stralsund 200, Strehla 80, Striehlen 100, Striegau 60, Stuhm 40, Stuttgart 750, Teterow 51, Tilsit 150, Traunstein 115,57, Trebin 50, Treptow a. d. Rega 58,70, Treuenbriezen 35, Triebel 25,14, Trier 100, Trittau 12, Tübingen 160, Tutzingen 46,75, Uedermünde 116,50, Ulm 300, Velten 258,56, Vinzelberg 16, Waldenburg in Schlesien 900, Waldheim 150, Waldshut 12, Walsrode 141,36, Waren 77,20, Warnemünde 90, Weferslingen 25, Wegelaben 53,84, Weida 125, Weiden 5, Weilburg 52,90, Weimar 380, Weisenburg 60, Weissenfels 80, Werbau 280, Wernigerode 430,80, Wesselburen 181,05, Wewerlode 100, Wiersbinnen 45, Wiesbaden 759,28, Wilster 150, Wittan 140, Wittenberg (Bezirk Halle) 90, Wittenburg in Mecklenburg 50, Wittlitz 32,35, Woldegk 80, Woldeberg 50, Wolfenhausen 24,05, Wollin 68,95, Wriezen 40, Würzburg 480,73, Würzen 439,29, Wusterhausen 83, Zeitz 140, Zellin 55, Zerbst 122, Ziefar 79,95, Zittau 907,50, Zörbig 25, Züllichau 250, Zwickau 650, Unterstützungskasse 343,49, Einzelzahler der Hauptkasse 19,40, Diverse 368, private Inserate 7,20.

Vom 1. bis 31. August 1924 gingen folgende Belege bei der Hauptkasse ein: Berlin 1491,40 M., Wernburg 17,50, Weizenburg 52,50, Braunschweig 50, Bremen 105,25, Breslau 400, Cassel 20,50, Coblenz 60, Darmstadt 17, Dresden 450, Düsseldorf 500, Eichstädt 25,14, Eisenach 300, Elbing 67,90, Erbesbach 9, Erfurt 80, Frankfurt a. M. 583,75, Friedland in Mecklenburg 182,20, Friedland in Ostpreußen 91,20, Gilsberg 88,70, Gleiwitz 80, Görlitz 52,50, Greiz 32,40, Großsch-Pegau 67,50, Hamburg 164,80, Hannover 536,25, Königsberg i. Pr. 240, Labiau 64,22, Leipzig 450, Leobschütz 11, Liegnitz 25, Lindau 80, Lübz 35, Magdeburg 400, Maldeuten 62,06, Mannheim 437, Marggrabowa 64,95, Marienburg in Westpreußen 157, Marienwerder 157, Marktredwitz 33,53, München 872,50, Naugard 65, Neufalz 26,25, Neuß 80, Nürnberg 400, Oelsnitz 26,50, Plauen 135, Pößneck 85, Rastenburg 29,95, Ratibor 3,40, Schwerin 510, Stendal 25, Steinhilber 210, Stuttgart 450, Tilsit 50, Triebes 18,88, Trier 6, Ulm 105, Würzburg 30, Zwickau 67,50.

Adolf Römer, Kassierer.

Unsere Lohnbewegungen.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Bad Deynhausen, Bielefeld, Detmold, Gütersloh, Herford, Minden und Salzkufen.

Gestreift wird in Altenburg, Angerburg (Firma Masurische Holz- und Bauindustrie), Jena, Magdeburg, Passau (Rachletwerk), Pilsfallen, Weimar und Wittenberge.

Ende der Aussperrung in Rheinland und Westfalen. Zur Beilegung der Streiks und Aussperrungen in Rheinland und Westfalen haben am 8. September unter Leitung des Reichs- und Staatskommissars Mehlisch, Dortmund, erneute Verhandlungen stattgefunden, die zu dem Ergebnis führten, daß die Löhne der baugewerblichen Facharbeiter vom 14. August an in allen Lohngebieten um 6 % und vom 2. Oktober an um weitere 2 % erhöht werden. Die Lohnerhöhung für die Zimmerer im rheinisch-westfälischen Industriegebiet beträgt 7 und 2 %, also insgesamt 9 %. Mit diesem Verhandlungsergebnis haben sich Mittwoch, 10. September, die Vertreterkonferenzen der baugewerblichen Arbeiterverbände beschäftigt und ihm mit Mehrheit zugestimmt. Da auch die Arbeitgeberverbände zugestimmt haben, erfolgte die Wiederaufnahme der Arbeit im Baugewerbe bereits am 12. September. Unsere Kameraden brauchen sich ihres Kampferfolges nicht zu schämen, zumal immer wieder berücksichtigt werden muß, daß es das Kampziel der Unternehmer, gestützt und gestärkt durch den Einfluß der Großindustrie und der Zechenbesitzer, war, jegliche Lohnerrhöhung abzuwehren und den Arbeitern eine verlängerte Arbeitszeit aufzuzwingen. Wenn gleich nicht alle Wünsche unserer Kameraden erfüllt sind, so muß es dennoch Aufgabe jedes einzelnen Mitgliedes sein, auf Grund des erzielten Erfolges nunmehr mit der größten Energie an dem weiteren Ausbau unseres Verbandes heranzugehen und nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte Zimmerer und Einzelner Mitglied des Verbandes geworden ist. — Im Bezirk Westfalen-Ost und Lippe ist der am 30. August gefällte Schiedsspruch von den Arbeiterverbänden abgelehnt worden. Dort soll am 15. September wieder verhandelt werden. Hoffen wir, daß es auch dort zur Verständigung kommt.

Lohnverhandlungen in Pommern. Am 10. September fanden in Stettin für das Lohngebiet Groß-Stettin und die Provinz Verhandlungen zur Festsetzung neuer Löhne statt. Die Unternehmer der Provinz forderten Lohnabbau, die Arbeiter forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes um 15 %. Es wurde ein Schiedsspruch gefällt, der besagt, daß die Löhne für Groß-Stettin und die Provinz wie bisher bestehen bleiben, da eine Teuerung nicht eingetreten ist.

Streik in Jena. Am 8. September wurde die Arbeit eingestellt. Gefordert wird eine Erhöhung des Stundenlohnes von 58 % auf 70 %. Die Zahl der in Jena im Baugewerbe beschäftigten Zimmerer ist 109.

Streik in Magdeburg. Seit dem 20. August stehen 251 Kameraden und auch die Bauarbeiter im Kampfe. Der Stundenlohn betrug 64 %. Gefordert wurden von unsern Kameraden 75 %, die Bauarbeiter fordern 70 %. Am 25. August fällt der Schlichter einen Schiedsspruch, daß der Stunden-

lohn 68 % betragen soll. Unsere Kameraden stimmten dem Schiedsspruch zu, beschlossen aber mit der Aufnahme der Arbeit zu warten, bis die Situation geklärt ist. Die Bauarbeiter lehnten ab und danach auch die Unternehmer. Neue Verhandlungen wurden wiederholt vereinbart, sie sind aber nicht zustande gekommen. Der Kampf geht weiter.

Die Lohnbewegung in Schlesien. Im gesamten Gebiet der Provinz Schlesien besteht seit langer Zeit eine einheitliche Organisation der Unternehmer nicht mehr. Von dem alten Bunde besteht nur noch ein Stück mit dem Sitze in Breslau. Ein zweiter, neuer Bund hat sich für Niederschlesien mit dem Sitze in Grünberg gebildet. Ein dritter Unternehmerbund ist mit dem Sitze in Brieg entstanden, und die vierte Organisation der Bauunternehmer umfaßt die Grafschaft Glatz mit dem Sitze in Glatz. Es ist erklärlich, daß sich bei einem solchen Hin- und Herbewegen der Unternehmer von einer Organisation zur anderen einheitliche Lohnverhandlungen nicht führen lassen. Auf der andern Seite hat sich aber gezeigt, daß das Unternehmertum infolge dieser Zersplittertheit Einheitsaktionen nicht mehr

Der Internationale Antikriegstag am Sonntag, 21. September

muß allerwärts zu eindrucksvollen Massenkundgebungen werden. Dazu haben auch unsere Kameraden nach Kräften beizutragen.

Nie wieder Krieg!

zustande bringen konnte. Wo dennoch Aussperrungen in den letzten Jahren erfolgten, kommen diese über kleine Teile der Provinz nicht hinaus.

Die Lohnabkommen reichten in diesen Unternehmerorganisationen und unsern Verbände bis Ende Juli, teilweise bis in die ersten Tage im August. Am 1. August wurde in Breslau mit dem Bunde über neue Löhne verhandelt. Die Vertreter der Arbeiterschaft verlangten für alle Orte 10 % auf die bestehenden Löhne, die Unternehmer verlangten 12 % Lohnabbau. Da eine Einigung nicht möglich war, wurde der Schlichtungsausschuß angerufen, der am 23. August entschied, daß vom 29. August an 1 % und vom 30. September an ein weiterer Pfennig zuzulegen sei. Die Arbeiter stimmten zu, die Unternehmer lehnten ab. Es wurde daraufhin bei dem staatlichen Schlichter die Verbindlichkeit beantragt. Die Unternehmer kämpften mächtig dagegen an. Der Schlichter machte Einigungsversuche, die nach langer Verhandlung zu dem Ergebnis führten, daß die Vertreter der Arbeiterschaft den Antrag auf Verbindlichkeit zurückzogen und der Schlichter sich bereit erklärte, einen neuen Spruch zu fällen, falls sich beide Parteien bereit fänden, diesen Spruch als bindend anzuerkennen. Es wurde daraufhin ein neuer Spruch gefällt, der wie folgt lautet:

„Die bestehenden Löhne werden für alle Berufsgruppen und Klassen um 1 % pro Stunde erhöht, und zwar für das Tarifgebiet Breslau vom 1. September 1924 an, für die Provinzorte vom 1. Oktober 1924 an. Im übrigen bleibt die Regelung des bisherigen Lohnabkommens bestehen und hat Gültigkeit bis Ende Februar 1925. Es kann erstmalig am 1. März 1925 mit vierzehntägiger Frist gekündigt werden. Während der Vertragsdauer, das heißt in der Zeit bis Ende Februar 1925, sind die örtlichen Parteien in Liegnitz verpflichtet, die Löhne den Verhältnissen des am 16. Juni 1924 gefällten Schiedsspruches wieder anzupassen. Beide Parteien erkennen diesen Spruch als für sich bindend an.“

Am 26. August wurde mit dem Brieger Bunde in Oppeln verhandelt. Die Arbeitervertreter forderten in allen Orten eine Lohnzulage von 10 % die Stunde, die Unternehmer 5 % Lohnabbau. Der Schlichtungsausschuß in Oppeln wurde angerufen und entschied, daß auf die bestehenden Löhne vom 28. August an in allen Orten 6 % zuzulegen sind. Diese Regelung gilt bis 1. November. Die Orte Brieg und Reife scheidet von dieser Zulage aus, weil für sie seit der letzten Lohnentscheidung besondere Zulagen erfolgt sind. Patschkau wird von Klasse 5 in Klasse 4 versetzt.

Am 2. September wurde mit dem Arbeitgeberbunde in Grünberg verhandelt. Die Vertreter der Arbeiterschaft verlangten eine Lohnzulage von 5 % die Stunde in allen Orten. Die Unternehmer wollten die bestehenden Löhne beibehalten. Nach längeren Verhandlungen kam eine Einigung zustande, daß die bestehenden Löhne in allen Orten vom 28. August an um 1 % erhöht werden, vom 26. September an erfolgt eine weitere Zulage von 1 %. Die Vereinbarung hat Gültigkeit bis zum 28. Februar 1925.

Der Arbeitgeberbund in der Grafschaft Glatz hat jede Zulage abgelehnt. Der Schlichtungsausschuß, der angerufen wird, kann an den Sprüchen, die in den andern Gebieten in Schlesien gefällt sind, nicht achtlos vorübergehen. Die nächsten Tage müssen auch hier eine Regelung herbeiführen.

Berichte aus den Stahlstellen.

Deffau. In der am 6. September stattgefundenen Monatsversammlung, die ziemlich gut besucht war, gab der zweite Vorsitzende den Geschäftsbericht und die Berichte vom Ortsausschuß. Nach einem Bericht des Gauleiters haben die Unternehmer bei den Verhandlungen vom 25. August 6 Lohnklassen verlangt und für diese einen Lohnabbau von 2 bis 10 % pro Stunde. Das haben die Arbeitervertreter abgelehnt. Hierüber entspann sich eine längere Debatte. Kamerad Franz Nickel brachte einen Beschluß des Bauergewerksbundes zur Sprache, wonach 5 % der Beiträge an den Verband sozialer Laufbetriebe abzu-

führen sind. Diesen Beschluß empfahlen mehrere Kameraden zur Nachahmung für alle im Bauberuf tätigen Arbeiter. Auch unsere Generalversammlung hätte nach ihrer Meinung einen solchen Beschluß fassen sollen; denn durch Erstarkung der Bauhüttenbewegung würde den Baugewaltigen mehr Respekt beigebracht als durch große Reden in den Versammlungen und in jetziger Zeit viel Geld kostende Streiks. Diesem Gedanken sollte in allen Stahlstellen näher getreten und auch im „Zimmerer“ Klarheit darüber geschaffen werden, damit die nächste Generalversammlung einen ähnlichen Beschluß herbeiführe. Noch besser wäre es nach Ansicht der Redner, wenn ein kürzerer Weg gefunden werde und vielleicht Hauptvorstand und Gauleiter einen solchen Beschluß fassen könnten. Aus dem Parteienbericht ging hervor, daß die Arbeitslosenunterstützung erhöht worden ist. Da aber bei der Arbeitslosenunterstützung keiner satt werden kann, hatte der Ortsausschuß bei der nunmehr bürgerlichen Staatsregierung den Antrag gestellt, Arbeitslosigkeit zu schaffen. Diese hatte wohl geantwortet, jedoch nur schöne Worte gehabt, es aber an Taten fehlen lassen. Dies mögen sich diejenigen Kameraden zur Lehre nehmen, die bürgerlich gewählt haben. Von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion sind 10 Millionen Mark gefordert worden zum Bau von Wohnungen. Es wurde gewünscht, daß dieser Antrag bald im Landtage angenommen werde, damit Wohnungen und den Bauarbeitern Arbeit geschaffen werde. Mit dem Wunsche, daß alle Versammlungen so besucht und von demselben Geiste befeelt sein möchten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

München. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 4. September im „Thomasbräu“ sprach Genosse Krämer über „Wirtschaftslage und Konsumgenossenschaften“. Nach einer ausgezeichneten Rede über die Wirtschaftslage betonte Redner, daß die Arbeiterschaft den Wert der Konsumgenossenschaften noch mehr erkennen müsse. Die Konsumgenossenschaften wie überhaupt alle von den Arbeitern eingerichteten Eigenbetriebe bilden einen Damm gegenüber dem stimmiferen Großkapital. In München sei der Konsumverein München-Sendling die maßgebende Genossenschaft. Im Jahre 1886 gegründet, habe er sich bis heute zur größten Konsumgenossenschaft Süddeutschlands entwickelt. Dennoch ständen ihm noch viele Arbeiter und auch Zimmerer, deren Organisation eine der besten in München sei, fern. Der Redner führte den Zuhörern sodann die Einrichtungen der Genossenschaft vor Augen, wie die Wädereien, Konditoreien, Mühlenwerke usw. Der Gesamtwert des Konsumvereins liege heute auf 10 Millionen Goldmark. Die Sparkasse des Konsumvereins werte schon heute alle Sparguthaben bis zu 25 % auf, was bis jetzt von keiner Sparkasse gesagt werden könne. Dem Vortragenden wurde lebhafter Beifall zuteil. In der sehr regen Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Arbeiter sich viel mehr als bisher an der Genossenschaftsbewegung beteiligen müßten. Die Konsumvereine müßten wir achten und nutzen zur siegreichen Durchführung unserer gewerkschaftlichen Kämpfe. Dabei wurde auch bedauert, daß leider noch eine große Zahl Arbeiter Leser bürgerlicher Zeitungen sei. Eine Schmach sei es, daß in Bayern immer noch Arbeiterzeitungen verboten würden. Im Schlußwort gab der Referent noch dem Wunsche Ausdruck, daß auch die Münchner Zimmerer sich recht zahlreich dem Konsumverein anschließen möchten. Ein Referat über Bauarbeiterzuschuß wurde wegen der vorgerückten Zeit von der Tagesordnung abgesetzt. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß in einer Versammlung am 22. September Kamerad Schönfelder, Hamburg, sprechen werde; die Kameraden müßten für guten Besuch sorgen. Weiter gab er noch ein Rundschreiben der baugewerblichen Unternehmer zur Kenntnis, aus dem hervorhing, welche Pläne die Unternehmer verfolgten. — Am 8. September muß auf allen Plätzen eine Wächterkontrolle vorgenommen werden. Nachdem noch bekanntgegeben war, daß Ingenieur Ostermaier im heurigen Winter Fachkurse gegen billiges Entgelt abhalten werde, trat Schluß der Versammlung ein.

Baugewerbliches.

Gemeinnützige Heimstätten-, Spar- und Bau-Aktien-Gesellschaft Berlin. Von den freien Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten, in Verbindung mit Baugenossenschaften und der „Reichswohnungsfürsorge“ gegründet, stellt die A.-G. gewissermaßen eine örtliche Gesellschaft der Letzteren dar. Ihre Arbeit erstreckt sich besonders auf folgendes Gebiet: 1. Aufstellung von Entwürfen und Zeichnungen nebst Berechnungen für alle Siedlungs- und Wohnungsbauten; 2. Erwirkung der Hauszinssteuerhypothek; 3. schlüsselfertige Ausführung aller Siedlungs- und Wohnungsbauten für einzelne sowie für Korporationen; 4. Lieferung aller notwendigen Baustoffe in guter Qualität zu den niedrigsten Preisen. Die Gesellschaft stellt für die Errichtung von Häusern zweckmäßige und gesunde Haustypen her, die so durchgearbeitet sind, daß keinerlei Materialverschwendung in Frage kommt und die Bauten doch den Bedürfnissen entsprechen. Nähere Auskunft wird im Bureau der Gesellschaft, Berlin S 14, Inselstraße 6, erteilt.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Deutsche Bauergewerksbund hielt in der ersten Septemberwoche in Hamburg seinen ersten ordentlichen Bundesstag ab. Ihm waren Verbandstage der Fachgruppen vorausgegangen. Das Ziel des Bauergewerksbundes ist bekanntlich die Zusammenfassung aller am Bauwerk beteiligten Arbeiter, der bauausführenden sowohl wie der baubedarfserzeugenden. Bei dem Streben nach diesem Ziel treten dem Bunde starke Schwierigkeiten entgegen. Das liegt in der Natur der Sache. Soweit die bauausführenden Berufe in Frage kommen, stehen namhafte Verbände (Dachdecker, Maler, Zimmerer usw.) noch außerhalb des Bundes. Sie nehmen teils kühle Zurückhaltung, teils strikt ablehnende Stellung ein. Nicht minder groß, vielleicht gar

noch größer, sind die Hemmungen nach der Seite der bau- bedarfserzeugenden Arbeiter hin, die heute zumeist im Fa- bricarbeiterverband organisiert sind, der bis jetzt, was ihm durchaus nicht verdacht werden kann, keinerlei Neigung verrät, dem Begehren des Baugewerksbundes nach wichtigen Mitgliedergruppen seiner Organisation zu entsprechen, sondern sich dagegen entschieden zur Wehre setzt. Trotz- dem wirbt der Baugewerksbund lebhaft für seine Idee, mitunter sogar reichlich stürmisch. Heute überwiegen im Baugewerksbund zahlenmäßig die ungelerten Arbeiter; ein Zustand, der für die Facharbeiter nicht besonders glück- lich ist, da ihr Einfluß im Bunde zurückgedrängt wird. Ein stärkerer Einfluß der Facharbeiter wäre dem Bunde sehr dienlich; er würde übrigens auch für die ungelerten Ar- beiter nur von Vorteil sein. Man braucht die ungelerten Arbeiter durchaus nicht für einen „Molch am Bein der Facharbeiter“ zu halten — eine Auffassung, wie sie, wenig geschmackvoll zwar, ein Berliner Delegierter des Bundes- tages dem Zimmererverbande unterstellte, um dessen ab- lehrende Haltung in der Verschmelzungsfrage, die er sich anders nicht zu deuten vermag, zu erklären — und kann trotzdem im Interesse des Fortschreitens der Gesamtorgani- sation den Facharbeitern, die in jedem Falle Wegbereiter auch für die ungelerten Arbeiter sind, einen ausschlag- gebenden Einfluß wünschen. Dieser kann jedoch nur ge- wonnen werden, wenn mehr Facharbeiter zu dem Bau- gewerksbund stoßen. Bei den Dachdeckern soll im nächsten Frühjahr eine Urabstimmung die Entscheidung hierüber herbeiführen. (Frühere Urabstimmungen haben den Bei- tritt zum Bunde abgelehnt.) Die Maler sind zwar nicht Gegner des Anschlusses, aber sie sind ihm doch aus durch- aus plausiblen Gründen bisher gern ausgewichen. Der Baugewerksbund hat deshalb mit Ausnahme der großen Maurergruppe mit den kleineren Fachgruppen (Stukka- teure, Glaser, Töpfer, Apfhalter) vorliebnehmen müssen.

Der Bundestag hat einen selten ruhigen, fast zu ruhigen Verlauf genommen. War das der durch die vor- ausgegangenen Verbandstage der Fachgruppen geleiteten Vorarbeit zuzuschreiben? Man möchte es annehmen; denn einen andern Grund gäbe es kaum. Die Verbandstage der Fachgruppen hatten die wichtigsten Tagesordnungspunkte des Bundestages vorbereitet; der Bundestag fand in vieler Beziehung so gut wie fertige Arbeit vor, die er formell nur zu verabschieden hatte. Auf den Fachgruppentagen hatte sich bereits die Scheidung der Geister vollzogen. Von einer „Opposition“, wie sie zum Beispiel auf der letzten Tagung des Deutschen Bauarbeiterverbandes vor 2 Jahren in Leipzig, der die Gründung des Baugewerksbundes beschloß, anzutreffen war, verspürte man auf dem Hamburger Bundestag nichts. 5 oder 6 Kommunisten, die sich als „Opposition“ gerierten, vertaten ihre Sache so un- geschickt wie möglich. Nachdem sie im Laufe der Verhand- lungen zuerst eine Erklärung abgegeben hatten, wonach sie auf jede weitere Beteiligung an der Debatte und den Ab- stimmungen verzichteten, da sie doch mundtot gemacht wür- den, zogen sie diese Erklärung, als der Bundestag die Be- schließung unter Zustimmung des Bundestages ein solches Verhalten gebührend anprangerte, wehleidig zurück mit der Begründung, es habe ihnen ferngelegen, den Bundestag oder die Bundesleitung zu beleidigen. So fand die Tätigkeit des Bundesvorstandes und der Schriftleitung des „Grundstein“ einmütige Zustimmung. Ueber Anträge auf Rücktritt und Ausschluß des Bundesvorstandes sowie des „Grundstein“-Redakteurs ging der Bundestag zur Tages- ordnung über, einstimmig wurde der Bundesleitung sowie dem Redakteur das Vertrauen ausgesprochen und Anregun- gen auf weitere Ausgestaltung des Fachblattes dem Bun- desvorstand überwiesen. Einer Anregung des „Grundstein“- Redakteurs, dem Verbands durch Aufnahme von Geschäfts- anzeigen im „Grundstein“ eine beachtliche Einnahmequelle zu erschließen, fand die Zustimmung des Bundestages, doch soll der Bundesvorstand sie nochmals überprüfen.

Die Berichte der Reichsfachgruppenobleute bestätigten zwar durchweg, daß sie bei der Vertretung der Interessen ihrer Fachgruppen im Bunde keinerlei Widerstand gefunden hätten, dennoch aber hatten alle für ihre Gruppen mehr oder weniger Wünsche; ein Zeichen, daß noch nicht alles so funktioniert, wie es die Fachgruppenleiter selbst gern sehen. Von dem Reichsfachgruppenobmann der Stukka- teure wurde, beiläufig bemerkt, darüber geklagt, daß viel- fach die Maurer die Stukkateure nicht über den Maurerlohn hinauskommen lassen möchten. — Der Ausbreitung der Jugendbewegung stellen sich im Baugewerksbund ähnliche Schwierigkeiten entgegen wie in unserm Verband. Vor allem fehlt hier wie dort die Mitarbeit der älteren Mit- glieder. Ueber mangelhafte Mitarbeit klagte auch der Schriftleiter des Jugendblattes „Jungvolk vom Bau“. Hier versagen alte wie junge Mitglieder. Gleichwohl ist der Wunsch vorhanden, das Jugendblatt vierzehntäglich erschei- nen zu lassen, „wenn es durch die Mitarbeit der Jugend- lichen notwendig wird.“ Der Bundestag hat jedoch diesem Wunsch die Genehmigung verweigert.

Zum Reichstarifvertrag für das Baugewerbe nahm der Bundestag eine vom Bundesvorstand vorgeschlagene Ent- scheidung an, die das Verhalten des Vorstandes sowie die Ablehnung des Schiedspruches billigt, den Vorstand bevoll- mächtigt, an weiteren Verhandlungen teilzunehmen und unter Beachtung der in der Entschlieung aufgestellten Richtlinien mit Zustimmung des Bundesrates einen neuen Vertrag abzuschließen. — Seine Stellungnahme zur tariflichen Gestaltung des Lehrlingsrechts, zur Notstands- und Pflichtarbeit, zur Arbeitsdienstpflicht, zum Bau- arbeiterzuschuß, zur Sozialisierung sowie zu dem gewerk- schaftszersetzenden Verhalten der Kommunisten legte der Bundestag in ihm vom Bundesvorstand unterbreiteten Ent- schießungen fest. Beiträge und Unterstützungsätze wur- den neugeregelt. Der Bundestag wird künftig nur alle 8 Jahre stattfinden.

Zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Eine Konferenz der Arbeitsminister von Deutschland, Frankreich, Belgien und Großbritannien, die am 8. und

9. September in Bern stattfand, schloß nach Berichten in der Tagespresse unter dem allgemeinen Eindruck, daß es möglich sein wird, zu einer gemeinsamen Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu gelangen. Daß auch der deutsche Arbeitsminister für die Ratifizierung ist, teilten wir bereits in der vorigen Nummer unseres Blattes mit, er hat allerdings einen einschränkenden Vorbehalt gemacht. Man wird zunächst die Verantwortung der sozialdemokra- tischen Interpellation im Reichstag durch den Minister ab- warten müssen, ehe eine endgültige Entscheidung über den von den Gewerkschaften vorbereiteten Volksentscheid gefällt werden kann.

Der englische Gewerkschaftskongreß, der in diesem Jahre in Hull stattfand, unterschied sich wesentlich vom vor- jährigen. Damals herrschte eine gedrückte Stimmung vor. Die englische Arbeiterchaft hatte schwere Niederlagen hinter sich und wenig Hoffnung für die nahe Zukunft. Dank der politischen Wendung in England haben sich die Dinge anders gestaltet, und der diesjährige Kongreß spiegelte die veränderten Zustände wider. Wichtige, wegweisende Reden wurden gehalten, eine Fülle von Anregungen wurden dem Kongreß unterbreitet, denen noch sorgfältige Betrachtung gewidmet werden muß. Die Bedeutung des Kongresses kommt in der Annahme zweier wichtiger Beschlüsse zum Ausdruck. Der erste erweitert den Wirkungsbereich des Generalrates des Gewerkschaftskongresses, damit er bei den Arbeitskonflikten die zusammenfassenden großen Gesichtspunkte der gesamten Arbeiterbewegung berücksichtigen kann. Falls die Verhandlungen der einzelnen Gewerkschaften mit den Unternehmern scheitern, kann der Generalrat auf An- ruf oder aus eigener Initiative an der Schlichtung des Konflikts teilnehmen beziehungsweise bei Scheitern der Verhandlungen die gesamte Kraft der Gewerkschaften mo- bilisieren. Nimmt eine Gewerkschaft die Vermittlung des Generalrats nicht an, so muß sie dies vor dem Kongreß verantworten. Die Grundforderungen der Gewerkschaften wurden in Form eines Dokuments (Cortor of Labour) zu- sammengefaßt: Sozialisierung der Bergwerke und Eisen- bahnen, Ausdehnung der Staatsunternehmungen und öffentlichen Anstalten, eine Höchstarbeitszeit von 44 Stun- den in der Woche, Minimallohne, entsprechende Einrich- tungen für die Arbeitslosen, Wohnungsbau, Bildung, Kran- ken- und Unfallunterstützung, Altersversicherung für das 60. Lebensjahr, Witwen- und Waisentrenten gehören zu den Grundforderungen, die diesmal nicht als ein ideales Pro- gramm, sondern als Aktionsprogramm für die nächste Zu- kunft aufgestellt wurden. Leidenschaftliche Reden bezeugten, daß die Gewerkschaften mit diesen Forderungen, insbeson- dere auch mit der der Sozialisierung, es ernst meinen. Ein wesentlicher Zug des Kongresses war der Wunsch der Kon- greßmitglieder, eine internationale Einheitsfront der Ar- beiterbewegung herzustellen. Die Versöhnung der inter- nationalen Gewerkschaftszentralen in Amsterdam und in Moskau wurde einmütig als dringende Notwendigkeit bes- tont. Eine Vermittlungsaktion soll eingeleitet werden.

Literarisches.

Unternehmer und Kommunisten während der Berg- arbeiterkämpfe im Mai 1924. Herausgegeben vom Vor- stand der Bergarbeiter Deutschlands. 80 Seiten. Preis 75 M im Buchhandel, für Gewerkschaftsmitglieder durch die gewerk- schaftliche Organisation 40 M . Zu beziehen durch die Firma Hansmann & Co., Bochum i. W., Wiemelbauer Straße 38/42.

Die Organisationen der Unternehmer. Von Dr. Otto Suhr. Verlag: Zentralverband der Angestellten, Berlin. Broschüre 48 Seiten. Preis 1,20 M . Auslieferung für die Mitglieder der Arbeiterorganisationen durch die Verlags- gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Sortimentabteilung, Berlin S 14, zum Organisationspreise von 70 M .

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.

(Ersatz- und Zuschußkasse in Hamburg.)
Bureau: Hamburg 22 Hamburger Straße 131, 2. St.
Postfachkonto: 6642, Hamburg 11.

Die 18. Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer tagte vom 17. bis 19. August in Al t e n b u r g im Volkshaus. Sie hat folgende Satzungs- änderungen beschlossen. Die Beschlüsse treten am 28. Dezember 1924 in Kraft.

1. Jeder Zimmerer und im Baufach beschäftigte Holz- arbeiter kann Mitglied unserer Kasse werden in Ab- teilung A (Ersatzkasse) und ist dann auf seinen Antrag hin von der Zugehörigkeit zur Orts-, Betriebs- oder Innungs- krankenkasse befreit. Der Arbeitgeber muß unserm Mit- glied bei jeder Lohnzahlung das Drittel (Arbeitgeber- Beitrag) aushändigen, das er sonst bei der Pflichtkasse zahlen müßte.
 2. Die Frauen der Mitglieder in Abteilung A können, wenn sie selbst nicht versicherungspflichtig sind, sich eben- falls in Abteilung A versichern.
 3. In Abteilung B (Zuschußkasse) können sich alle Mit- glieder der Abteilung A und deren Angehörige sowie ge- werbliche Arbeiter aller Verufe versichern. Ein Uebertritt in Abteilung A ist nur den in Absatz 1 genannten Per- sonen gestattet.
 4. Das Eintrittsgeld beträgt für alle, ohne Unter- schied des Alters, 1,50 M . Lehrlinge unter 17 Jahren alt zahlen jedoch nur 50 M für das Mitgliedsbuch.
 5. Die Beiträge betragen in Abteilung A (Ersatzkasse):
- | | | | | |
|------------------------|-----------------|---------|-----------------|-----------|
| 1. Kl. tägl. Grundlohn | —,70 M | Beitrag | —,30 M | die Woche |
| 2. " " " | 2,— " " | " | —,90 " " | " |
| 3. " " " | 3,— " " | " | 1,20 " " | " |
| 4. " " " | 4,— " " | " | 1,50 " " | " |
| 5. " " " | 5,— " " | " | 1,80 " " | " |
| 6. " " " | 6,— " " | " | 2,10 " " | " |
| 7. " " " | 7,— " " | " | 2,45 " " | " |

Die 1. Klasse ist nur für Jugendliche und Lehrlinge unter 17 Jahren.

Die Beiträge betragen in Abteilung B (Zuschußkasse): 1. Klasse 40, 2. Klasse 60, 3. Klasse 80 M die Woche.

6. Krankenunterstützung in Abteilung A (Ersatzkasse): Vom Tage der Erkrankung an auf die Dauer von 40 Wochen freie ärztliche Behandlung und Arznei, und bei Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ein Krankengeld in der

1. Klasse	2,45 M	pro Woche	—,35 M	pro Tag
2. " " "	8,05 " " "	" " "	1,15 " " "	" " "
3. " " "	11,55 " " "	" " "	1,65 " " "	" " "
4. " " "	15,40 " " "	" " "	2,20 " " "	" " "
5. " " "	19,25 " " "	" " "	2,75 " " "	" " "
6. " " "	23,10 " " "	" " "	3,30 " " "	" " "
7. " " "	26,95 " " "	" " "	3,85 " " "	" " "

Krankengeld in Abteilung B (Zuschußkasse):

1. Klasse	7,— M	pro Woche	1,— M	pro Tag
2. " " "	10,50 " " "	" " "	1,50 " " "	" " "
3. " " "	14,— " " "	" " "	2,— " " "	" " "

Die laufenden Beiträge werden vom Krankengeld gekürzt.

7. Das Sterbegeld beträgt in

Abteilung A		Abteilung B			
1. Klasse	20,— M	1. Klasse	50,— M
2. " " "	40,— " "	2. " " "	75,— " "
3. " " "	60,— " "	3. " " "	100,— " "
4. " " "	80,— " "			
5. " " "	100,— " "			
6. " " "	120,— " "			
7. " " "	140,— " "			

8. Familienversicherung für Mitglieder der Abteilung A: Gegen einen Zusatzbeitrag von 90 M die Woche können die Mitglieder ihre Frauen und Kinder bis zum voll- endeten 15. Lebensjahr versichern. Die Kasse gewährt freie ärztliche Behandlung, für Operationen bis zu 50 M , volle verordnete Arznei auf die Dauer von 13 Wochen inner- halb 12 Monaten. Kurkostenbeihilfe bis zu 2,50 M täglich auf die Dauer bis 8 Wochen. Sterbegeld für ein Kind von 2 bis 6 Jahren alt 10 M , von 6 bis 15 Jahren alt 20 M . Für Erwachsene 40 M .

9. Die Mitglieder der Abteilung A erhalten die ge- setzliche Reichswochenhilfe. — Mitglieder können alle Ka- meraden werden, die in Arbeit stehen und nicht krank sind, ohne ärztliche Untersuchung, auch die, die wegen Zahlungs- versäumnis gestrichen werden mußten. Im eigenen In- teresse haben die Kameraden zu prüfen, ob sie in ihrer Klasse, der sie gegenwärtig noch angehören, dieselben Leistungen und Beiträge haben wie bei uns. Wo das nicht der Fall ist, sollten sie sich sofort unserer Ersatzkasse an- schließen. Das Drittel (Arbeitgeber-Beitrag) erhalten unsere Mitglieder bei der Lohnzahlung. Es genügt aber auch nicht, nur einer Krankenkasse anzugehören, daher müssen sich die Kameraden doppelt versichern und haben Gelegenheit, sich bei uns in Abteilung B (Zuschußkasse) aufnehmen zu lassen. Da der Verband Krankenunter- stützung nicht zahlt, ist es um so mehr nötig geworden, Ausnahmen vollziehen unsere Ortskassierer zu jeder Zeit. Alles Weitere ist zu ersehen aus der Satzung. Auf Wunsch senden wir das nötige Material zur Aufnahme und zur Gründung von Verwaltungstellen. Es wird ge- beten, in Versammlungen oder sonstigen Zusammen- künften immer wieder auf unsere Berufskasse aufmerksam zu machen und neue Mitglieder zu werben.

Der Vorstand.

Versammlungsanzeiger.

- Mittwoch, den 24. September:**
Guben: Abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus.
- Donnerstag, den 25. September:**
Brandenburg a. d. S.: Abends 7½ Uhr im Volkshaus.
- Freitag, den 26. September:**
Bauzen: Gleich nach Feierabend in Büttners Restaurant, An der Petrikirche. — Ghdiföhnen: Eine halbe Stunde nach Feierabend bei Koch, Jodringkehmer Straße. — Rathenow: Gleich nach Feierabend bei G. Rehfeld, Jägerstr. 28.
- Sonntag, den 27. September:**
Afen: Abends 8 Uhr im Lokal „Stadt Hamburg“. — Braunschweig, Bezirk Wolfenbüttel: Abends 7½ Uhr im Gasthof „Zur Tanne“, Enge Straße.
- Sonntag, den 28. September:**
Mittag: Vorm. 10 Uhr im „Dresdner Hof“. — Arnswalde: Nachmittags 3 Uhr im „Goldenen Löwen“. — Detmold: Vormittags 10 Uhr im Volkshaus, Ecke Paulinen- und Lageschstraße.

Anzeigen.

Die Zimmerer **Kurt Bauer**, geboren am 11. Oktober 1903 zu Rantdorf (Buch-Nr. 402 042, Buch am Ort), **Wilh. Lübke**, geboren am 6. Januar 1903 zu Pommersdorf (Buch-Nr. 410 279), **Ewald Pittkau**, ge- boren am 2. August 1902 zu Koflau (Buch-Nr. 82 034), werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Kame- raden, die ihren Aufenthalt kennen, werden gebeten, sie daran zu erinnern. [2,70 M]

Wilh. Schulz, 1. Kassierer, Prenzlau, Markt 467.

Warnung vor Zuzug nach Düsseldorf.

Allen Kameraden zur Kenntnis, daß der Kampf der Zimmerer in Düsseldorf noch nicht beigelegt ist; es bestehen noch Streitfragen. Zuzug nach Düsseldorf ist unbedingt fern- zuhalten. Alle Zahlstellenkassierer werden ersucht, abreisende Kameraden auf diese Warnung hinzuweisen. Der Vorstand. [2,40 M]